

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Sessionsvorschau

Sommersession Nationalrat

Publikationsdatum: 19.05.2022





Inhaltsverzeichnis

Editorial		3
Ratsgeschäfte		4
22.403 — Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024	Annahme	4
22.3021 — Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie	Annahme	4
21.4512 — Massnahmen für einen besseren Schutz gegen Ransomware-Angriffe	Annahme	4
21.501 — Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050	Annahme	5
21.486 — Streichen des Mythos der "besonderen Belastung der Kernstädte von grossen Agglomerationen" in Artikel 8 Absatz 3 FiLaG für mehr Fairness gegenüber der Landbevölkerung	Ablehnung	5
21.485 — Faire und partnerschaftliche Aufteilung zwischen der Landbevölkerung und den urbanen Zentren der 140 Millionen Franken nach Artikel 9 Absatz 2bis FiLaG	Ablehnung	6
20.3709 — Rahmenbedingungen für eine effiziente und umweltfreundliche Logistik schaffen	Annahme	6
Impressum		7



Editorial

In der Sommersession beraten Sie im Nationalrat einige Vorlagen, die für die urbane Schweiz von zentraler Bedeutung sind. Gerne präsentieren wir Ihnen im Rahmen dieser Sessionsvorschau die Haltung des Schweizerischen Städteverbands zu ausgewählten Geschäften und bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Die Städte – vom Klimawandel besonders betroffen – sind Vorreiterinnen in der Klimapolitik. So setzt sich der Städteverband dafür ein, dass mit einem nationalen Rahmen die städtischen Bemühungen unterstützt werden. Er unterstützt deshalb auch den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative, den Sie im Nationalrat in der Sommersession behandeln. Im Gegensatz zur eigentlichen Initiative und zum ebenfalls hängigen direkten Gegenvorschlag verspricht der indirekte Gegenvorschlag eine raschere Lösung: Das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto null zu beschränken, soll auf Gesetzesebene festgeschrieben werden. Die Städte befürworten den beschleunigten Prozess ebenso wie die vorgeschlagenen Förderinstrumente.

Wir wünschen Ihnen eine gute Session und stehen für Fragen sehr gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Martin Flügel
Direktor



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



Ratsgeschäfte

22.403 Parlamentarische Initiative WBK-NR

Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024

Mittwoch, 1. Juni 2022

Nationalrat

Position: Dieses Geschäft ist eng verknüpft mit der Parlamentarischen Initiative 21.403 «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung». Diese fordert, dass die bis 2023 befristeten Bundesfinanzhilfen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung in eine stetige Kostenbeteiligung des Bundes umgewandelt werden. An einer Vorlage wird momentan gearbeitet, eine Umsetzung wird aber kaum vor 2025 möglich sein. Deshalb verlangt die vorliegende parlamentarische Initiative, dass die bestehenden Finanzhilfen nicht nur bis 2023, sondern bis Ende 2024 weitergeführt werden. Der Städteverband unterstützt den Vorstoss entschieden: Er engagiert sich stark für eine stetige Bundesfinanzierung in der familienergänzenden Kinderbetreuung, weil eine Senkung der Elternbeiträge dringend nötig ist, von den Städten und Kantonen aber nicht alleine gestemmt werden kann. Entsprechend ist es auch im Interesse der Städte, dass die bisherigen Finanzhilfen weitergeführt werden, bis eine Anschlusslösung vorliegt.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

22.3021 Motion WAK-NR

Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie

Donnerstag, 9. Juni 2022

Nationalrat

Position: Aktuell darf die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredite (SGH) nur Darlehen an Betriebe in Fremdenverkehrsgebieten gewähren. Davon sind Hotels in Städten und Agglomerationsgemeinden bisher ausgeschlossen. Die Motion verlangt, dass auch städtische Individualbeherbergungsbetriebe (also Familienbetriebe) Darlehen der SGH aufnehmen können. Städte sind beliebte Ausflugsziele und generieren schweizweit am meisten Logiernächte. Dazu kommt, dass gerade der Städtetourismus stark unter der Covid-Pandemie gelitten hat. Der Städteverband befürwortet diesen Vorstoss, weil er eine unfaire Ungleichbehandlung beseitigt.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.



21.4512 Postulat Graf-Litscher (SP/TG)

Massnahmen für einen besseren Schutz gegen Ransomware-Angriffe

evtl. 01.06. - 16.06.

Nationalrat

Position: Cyberangriffe über Verschlüsselungstrojaner (so genannte Ransomware) gehören zu den grössten Cyberbedrohungen und stellen auch für kommunale Verwaltungen eine Gefahr dar. Mit Ransomware verschlüsseln Cyberkriminelle Daten auf dem angegriffenen Computer, womit z.B. der Zugriff darauf verhindert werden kann. Solche Angriffe sind attraktiv, weil sie mit vergleichsweise wenig Aufwand verbunden sind und weil einzelne Unternehmen und Organisationen viel Lösegeld bezahlen, um die Verschlüsselung rückgängig zu machen. Für die Sicherheit der Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort Schweiz ist es von grosser Bedeutung, dass der Schutz vor Ransomware gestärkt wird. Der Bundesrat soll deshalb gebeten werden, in einem Bericht darzulegen, über welche Massnahmen dies erreicht werden kann. Der Städteverband unterstützt eine solche Auslegeordnung.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

21.501 Parlamentarische Initiative

Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050

Dienstag, 14. Juni 2022

Nationalrat

Position: Die Städte sind von den Konsequenzen des Klimawandels direkt betroffen. In den Städten sind die Folgen der zunehmenden Hitzewellen besonders ausgeprägt, dort ist auch die Empfindlichkeit gegenüber Extremereignissen wie Starkregen oder Hochwasser besonders gross. Die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null bis 2050 zu reduzieren ist für sie somit von zentraler Bedeutung. Die Städte nehmen heute eine tragende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel ein und setzen zahlreiche Initiativen und Projekte zur Reduktion der CO₂-Emissionen um. Eine Verankerung des Netto-Null-Ziels, samt verbindlichen Zwischenzielen und sektorellen Richtwerten, auf Gesetzesebene unterstützt die Städte in diesem Bestreben. Die vorgesehenen Förderinstrumente in den Wirtschafts- und Gebäudebereichen tragen auch zur Beschleunigung der Reduktion des CO₂-Ausstosses bei.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den indirekten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative anzunehmen.



21.486 Parlamentarische Initiative Fraktion V

Streichen des Mythos der "besonderen Belastung der Kernstädte von grossen Agglomerationen" in Artikel 8 Absatz 3 FiLaG für mehr Fairness gegenüber der Landbevölkerung

evtl. 30.05. - 16.06.

Nationalrat

Position: Die parlamentarische Initiative verlangt, das bewährte System des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) grundlegend zu verändern. Die besondere Belastung der Kernstädte soll im NFA nicht mehr beachtet werden. Verschiedene Untersuchungen zeigen aber, dass die Städte durch ihre Zentrumsfunktionen sehr wohl besondere Leistungen erbringen, von denen auch die Bevölkerung umliegender Gemeinden profitiert, zum Beispiel von der Verkehrsinfrastruktur, Sportanlagen und Kulturangeboten. Gemäss dem aktuellen Wirksamkeitsbericht 2016-2019 des Bundesrates werden die Kernstadtlasten zudem nur zu 4% abgegolten.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage abzulehnen.

21.485 Parlamentarische Initiative Fraktion V

Faire und partnerschaftliche Aufteilung zwischen der Landbevölkerung und den urbanen Zentren der 140 Millionen Franken nach Artikel 9 Absatz 2bis FiLaG

evtl. 30.05. - 16.06.

Nationalrat

Position: Diese parlamentarische Initiative beabsichtigt, den Mechanismus des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zu verändern und die Beiträge an den soziodemografischen Lastenausgleich zu reduzieren. Aktuelle Untersuchungen bestätigen, dass die soziodemographischen Sonderlasten schwerer wiegen als die geographisch-topographischen – und zudem zu einem geringeren prozentualen Anteil durch den NFA ausgeglichen werden. Eine Reduktion der Beiträge an den soziodemografischen Lastenausgleich ist deshalb nicht gerechtfertigt.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage abzulehnen.

20.3709 Postulat Fluri (FDP-Liberale/SO)

Rahmenbedingungen für eine effiziente und umweltfreundliche Logistik schaffen

evtl. 01.06. - 16.06.

Nationalrat

Position: Die urbane Logistik ist momentan eine grosse Herausforderung für die Städte. Sie muss effizienter und umweltfreundlicher gestaltet werden. Viele Städte entwickeln in Zusammenarbeit mit verschiedenen Interessengruppen innovative Konzepte für die Logistik in Kernstädten und Agglomerationsgemeinden. Dabei zeigt sich aber, dass der derzeitige gesetzliche Rahmen nicht immer ausreicht, um ein zeitgemäßes, flächeneffizientes System zu schaffen. Beispielsweise sind die gesetzlichen Bestimmungen für Lastenfahräder, die in den kommenden an Bedeutung gewinnen werden, in der Schweiz strenger als in der EU. Eine bessere Nutzung des Potenzials dieser platzsparenden Transportmittel wäre aber wünschenswert. Die Annahme dieses Postulats ermöglicht es, Lücken in der aktuellen Gesetzgebung zu identifizieren und Korrekturen vorzuschlagen.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch
twitter: [@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)
[LinkedIn](#)